Heidrun Kämper

Sprache in politischen Gruppen

Abstract: ‚Sprache in politischen Gruppen‘ ist eine Differenzkategorie in zweifacher Weise – hinsichtlich der allgemeinen Standardsprache einerseits, der Sprache anderer sozialer Gruppen andererseits. Die Konstellation des Gegenstands macht zudem deutlich, dass er ein interdisziplinärer Komplex der Politolinguistik und der Soziolinguistik ist. Den Beitrag leitet eine theoretisch und methodisch reflektierte, aus der Soziologie und der Soziolinguistik abgeleitete Beschreibung des Gegenstands als ‚politische Gruppe‘ und als ‚Sprache politischer Gruppen‘ ein. Eine Spezifizierung des Gegenstand hinsichtlich seiner gruppenkonstituierten Faktoren und der Ebenen der Manifestation schließt sich an. Im Fazit werden die Aspekte der Darstellung zusammengefasst. Diese Darstellung bezieht sich auf den sprachlichen Ausdruck politischer Gruppen in demokratischen Systemen. Außerdem ist Grundlage der Beschreibung sozusagen das politische Kontinuum, nicht die politische Ausnahme (wie Wahlkämpfe, Kampagnen o. Ä.). Insofern wird Sprache in politischen Gruppen beschrieben unter der Voraussetzung von Politik als Zustand, nicht als Ereignis.

- 1 Gegenstandsbestimmung
- 2 Gruppenkonstituierende Faktoren – Ebenen der Manifestation
- 3 Fazit
- 4 Literatur

1 Gegenstandsbestimmung

Die sprachsoziologische Frage nach Sprache in politischen Gruppen verweist auf den Zusammenhang von Sprache, Politik und Gruppe. Dieser Zusammenhang ist in dieser Explizitheit bisher in der Forschung nicht hergestellt. So reich die soziologische, soziohistorische und soziopolitische Forschung im Bereich der Gruppensoziologie ist, so elaboriert sich der Gegenstandsbereich ‚Sprache und Politik‘ als die linguistische Teildisziplin der Politolinguistik darstellt, so umfassend ‚Sprache und Gruppe‘ bzw. ‚Sprache und Fach‘ in der Teildisziplin der Gruppen-, Fach- und Sonder-sprachenforschung beschrieben ist, so wenig, um nicht zu sagen gar nicht bearbeitet ist der dem soziologischen Forschungsfeld entsprechende Gegenstand ‚politische Sprache als Soziolekt‘, so unerschlossen ist ein die sprachsoziologische und politolinguistische Perspektive zusammenführendes Forschungskonzept ‚Sprache in politischen Gruppen‘. Noch nicht einmal die Sprache der Parteien ist unter sozio- bzw. politolektalen Gesichtspunkten ein Forschungsgegenstand.

1.1 Politische Gruppen

Politische Gruppen wirken in allen drei Politikdimensionen: Als Faktoren der politischen Willensbildung sind sie ein Element des politischen Prozesses (Politics), auf der Polity-Ebene, also der Ebene des politischen Systems, tragen sie zur Festigung gesellschaftlicher Werte und Normen und zur Institutionalisierung der politischen Ordnung bei, ebenso wie zur verbindlichen Umsetzung dieser Werte und Normen auf den unterschiedlichen Politikfeldern der Policy (vgl. Bogumil/Schmid 2001).

Diese Funktionsidentität hat keine Entsprechung in soziologischer Hinsicht. Politische Gruppen sind mehr oder weniger große, mehr oder weniger organisierte Sozialformationen. Als soziale Netzwerke sind sie mehr oder weniger geordnete Sets von sozialen Positionen und Rollen mit einer mehr oder weniger planmäßigen Leitung des Geschehens und mit einer mehr oder weniger langen Geschichte. Insofern ist ‚politische Gruppe‘ eine komplexe Kategorie mit heterogenen Referenzbereichen, die unterschiedliche Gruppenformationen oder „Gruppierungsgrade“ bezeichnet, die hinsichtlich der „Ausprägung von Unmittelbarkeit, Diffusität und Dauerhaftigkeit“ der Gruppenbeziehungen differieren (Neidhardt 1983, 15). Insofern erfordert eine hoch komplexe und in weiten Teilen, nicht zuletzt aufgrund der Massenkommunikation über soziale Medien (vgl. Neuland/Schlobinski in diesem Band [5]) zunehmend öffentliche demokratische Gesellschaft es, den Referenzbereich für ‚politische Gruppe‘ weit zu fassen und darunter soziale Formationen zu verstehen, die sich hinsichtlich Werthaltung, Zielsetzung, Gruppenidentität auf bestimmte politisch-gesellschaftliche Inhalte beziehen. Politische Parteien gehören ebenso dazu wie Bürgerinitiativen, Blogs, spezifische Facebook-Freundeskreise, NGO's, soziale Netzwerke und Bewegungen, Verbände, Korporationen und Hybridvereinigungen (z. B. politische Wohngemeinschaften) bis zum lockeren Zusammenschluss etwa einer Erfahrungs- oder einer virtuellen Interessengemeinschaft (vgl. zur Abgrenzung Roth/Rucht 2008, 17–20). Immer artikulieren diese Gruppierungen ihr politisches Wollen je weltsichtabhängig und wertbedingt. Insofern politische Gruppen einer Gesellschaft durch Werte-, Überzeugungs- und Erfahrungsdifferenz voneinander abgrenzbare Kommunikationsgemeinschaften sind, lösen diese Differenzen Ideologiefekte aus.

Politische Gruppen treiben Politik und erstreben mithin Macht (vgl. Weber 1919, 178) zum Zweck gesellschaftlicher bzw. politischer Veränderung: von der Beseitigung von als Missstände bewerteten mehr oder weniger persönlich motivierten Sachverhalten bis zur Ersetzung eines politischen Systems, von der Verhinderung einer von einer kommunalen Baubehörde vorgesehenen baulichen Maßnahme bis zur Verweigerung einer staatlichen Erhebung, wie der Volkszählung. Bildung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition ist ebenso Zweck und Ziel politischer Gruppen wie politische Willensbildung und Werte- und Überzeugungsartikulation.

Während die Bewegungsforschung erst in den 1980er Jahren einsetzt (vgl. Rucht/Roth 2008, 639–643), sind Parteien die Formation politischer Gruppen mit der längsten Geschichte und der klarsten Struktur, die auch soziologisch am besten erforscht

ist und wird. Sie entstehen im Zuge eines vom 19. zum 20. Jahrhundert sich vollziehenden Prozesses der Gruppenbildung. Solidarität und Parteibewusstsein sind ihre konstituierenden und stabilisierenden Faktoren, die sich je nach politischer Richtung unterschiedlich ausgeprägt haben: schwach in den bürgerlichen Parteien, stark in den proletarischen Massenparteien (vgl. Lenk/Neumann 1968, LXXIII).

Mit Solidarität und Parteibewusstsein ist auch eine zentrale Voraussetzung zur Herausbildung eines gruppenspezifischen Soziolekts benannt, die beide den Ideologisierungsgrad einer Partei anzeigen. Es ist kein Zufall, dass damit ‚politische Partei‘ als soziale Gruppe sich als philosophischer, politologischer und soziologischer Forschungs- und Beobachtungsgegenstand etabliert. Die soziologische Parteienforschung, die politische Parteien als soziales System einer Gruppe beschreibt, beginnt, als Parteien nicht mehr, wie im 18./19. Jahrhundert, durch weltanschauliche Übereinstimmung geprägte Honoratioren- und Wählervereinigungen waren, sondern die aus der Emanzipationsbewegung der Arbeiter entwickelte Massenpartei, deren Geschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt (vgl. Lenk/Neumann 1968, LXI). Robert Michels und Max Weber haben grundlegende Modelle erarbeitet.

Robert Michels definiert in seiner Parteiensoziologie (EA 1911, hier zitiert nach der 2. Aufl. 1925) politische Partei als „geboren aus den Interessen und Empfindungen von Individuen“, strukturell und hinsichtlich der Ziele „in vieler Hinsicht Ähnlichkeit aufweisend mit dem Staate“, insofern ein „individualisierter Staat oder auch ein Staat im Staate“ (Michels 1925, VIII). Als hierarchisches System stellt Michels Partei in den Kontext einer „Demokratie als Bewegung wie als Gedankenwelt“, die er im Kaiserreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in „einer Krisis“ (ebd. IX) sieht. Diese sei Ergebnis einer Entwicklung von Entscheidungsmechanismen mit Partei als hierarchisch gestaffelter Struktur. Diese Struktur besteht aus der „breite[n] Bodenfläche“ der

lokale[n] Wählerschaft; über sie erhebt sich der ungleich kleinere, bisweilen gar nur 1/10 bis 1/30 ausmachende Körper der lokalen Parteimitgliedschaft; über diese die wiederum weit geringköpfigere [!] Zahl der regelmäßigen Generalversammlungsbesucher; über diese die Gruppe der Funktionäre, und über diese, allerdings mit ihnen oft in Personalunion stehend, das halbe Dutzend Vorstandsmitglieder. Die entscheidende und dirigierende Macht steht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl (ebd. 64).

Insofern Michels sein Modell zur Zeit der konstitutionellen Monarchie entwirft, ist damit nicht eine, politische Herrschaft ausübende, sondern eine hierarchisch strukturierte Sozialformation modelliert. Denn Michels‘ beschreibt innerparteiliche Machtstrukturen und Führungspositionen, mit deren Analyse er zu seinem „ehernen Gesetz der Oligarchie“ gelangt. Als Gruppenphänomen und damit als kommunikative Instanz indes kommt für Michels politische Partei nicht in Betracht. Unter Einfluss von Le Bons‘ Massentheorie versteht er die Parteibasis als unmündig, inkompetent und willig, geleitet zu werden, nicht aber als Kommunikationsstruktur. Die „Unmöglichkeit unmittelbarer Massenherrschaft“ (ebd. 34–49) ist aus Michels‘ Sicht ein anthropologisches Phänomen, das als „Pathologie der Masse“ (ebd. 38) immer dort

auftritt, wo größere Menschenmengen sich zusammentun. Aus diesem Befund rührt Michels' kommunikative Skepsis:

Das System der Volksversammlung ermöglicht überhaupt keine ernste Aussprache oder Beratung oder erschöpfende Behandlung eines Gegenstandes. Eine große Menschenmenge, auf demselben Fleck beisammen, ist allerwegs für panischen Schrecken, sinnlose Begeisterung usw. empfänglicher als eine kleine Zahl, deren Komponenten vernünftig miteinander sprechen können (ebd. 37).

Michels' kommunikatives Ideal ist, wir denken an Habermas' Kommunikationsethik, der mit Argumenten versehene vernünftige Dialog, den zu führen er der Masse abspricht.

Max Weber, Freund und Kollege von Michels, definiert Partei in seinem soziologischen Grundlagenwerk ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘ wie dieser als strukturell hierarchisches, auf die Erringung oder den Erhalt von Macht setzendes Gebilde „mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen .. zuzuwenden.“ (Weber 1921/22, 167) Typologisch unterscheidet Weber Patronagepartei („auf Erlangung der Macht für den Führer und Besetzung der Stellen des Verwaltungsstabes durch ihren Stab gerichtet“), Klassenpartei („im Interesse von Ständen oder Klassen“ tätig), Weltanschauungspartei („an konkreten sachlichen Zwecken oder an abstrakten Prinzipien .. orientiert“). Wie Michels versteht Weber Parteien insofern als hierarchisch-autoritäre Strukturen, als „die Formulierung der Parolen und die Auswahl der Kandidaten“ durch die „aktive Leitung“ geschehe, der

sich ‚Mitglieder‘ mit wesentlich passiverer Rolle zugesellen, während die Masse der Verbandsglieder nur eine Objektrolle spielt, und die Wahl zwischen den mehreren von der Partei ihnen präsentierten Kandidaten und Programmen hat. Dieser Sachverhalt ist bei Parteien ihres voluntaristischen Charakters wegen unvermeidlich und stellt das dar, was hier ‚Interessenten‘-Betrieb genannt ist. (Weber 1921/22, 168)

Im Gegensatz dazu fokussiert Weber in seiner Rede ‚Politik als Beruf‘ (1919) die Organisationsstrukturen der modernen Partei als eine demokratisierte, auf Kommunikation setzende soziale Beziehung, bei der „Versammlungen der organisierten Parteimitglieder ... die Kandidaten aus[wählen] und ... Mitglieder in die Versammlungen höherer Ordnung [delegieren]“ (Weber 1919, 8 f.).

Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf politolektale Phänomene politischer Gruppen, von denen vorausgesetzt wird, dass sie keine Spezifika bestimmter politischer Sozialformationen (wie Parteien, Bürgerinitiativen, NGOs etc.) darstellen.

1.2 Sprache politischer Gruppen

Außer im soziolinguistischen Kontext, in dem ‚Soziolekt‘ definiert wird als „ein sprachliches Erkennungssymbol oder eine grammatisch-lexikalisch-intonatorische Varietät“ einer „nach sozialen, beruflichen, fachlichen, status- und ansehensbedingten Merkmalen gekennzeichnete[n] Gruppe“ (Löffler 2005, 116), sind Gruppe, Gruppenbildung und Sprache im Handlungs- und Kommunikationsbereich ‚Politik‘ ein Aspekt der ‚Sprache und Politik‘-Forschung im Zeichen einer politolektalen Fragestellung. Die Entstehung einer Sprache politischer Gruppen lässt sich unter diesem Aspekt mit den Kriterien benennen, die Schäfer in seiner soziologischen Definition für ‚soziale Gruppe‘ angibt: „eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern“, „ein gemeinsames Ziel“, „kontinuierliche[r] Kommunikations- und Interaktionsprozess“, „Zusammengehörigkeitsgefühl (Wir-Gefühl)“. Als „Voraussetzung für die Erreichung des Gruppenziels und die Herausbildung einer Gruppen-Identität“ nennt Schäfer „gemeinsame Normen und ein gruppenspezifisches Rollendifferenzial.“ (Schäfer 2013, 108). Dieser Definition entspricht die Bestimmung von Gruppensprachen als „die Sprachvarianten von gesellschaftlichen Teilgruppen, die hinsichtlich ihrer Wertsysteme, Verhaltens- und Handlungskonventionen und ihrer spezifischen Symbolsysteme spezifisch abweichende Normen aufweisen“ und die „durch die Sprecher anderer Gruppensprachen (also von außen) eine Bewertung“ erfahren im Sinn eines „positive[n] oder negative[n] Prestige[s]“ (Jakob 1994, 199).

So lässt sich die Konstellation von Gruppe und Sprache als ideologisch basiertes Phänomen benennen. Insbesondere eine politische Gruppe und ihre Sprache entsteht durch werthaltig-normative, weltanschauliche Abgrenzungen. Damit folgen wir Möhn (2008), der von dem Prototyp der Fachsprache und dem Prototyp der Sondersprache einen dritten Typ einer Gruppensprache unterscheidet, mit dem Kennzeichen der „Gruppenstabilität“ und „eine[r] gezielte[n] programmatische[n] Öffentlichkeitsarbeit“. Insofern politische Gruppierungen durch eine je spezifische Ideologie, also Wertung, geprägt sind, wird der jeweilige „gesellschaftliche Bezugsausschnitt .. wertend versprachlicht“. Je nach Inhalten sind diese Gruppen „Parteien, politische Gruppierungen, Glaubensgemeinschaften, Sekten“, deren Sprachen entsprechend „Glaubenssprachen, Ideologie- und Programmsprachen“. (Möhn 2008, 179)

Eine ähnliche gruppensoziologische Kennzeichnung politischer Gruppen ist die als ‚Gesinnungsgruppen‘. Unabdingbarkeit, Unerbittlichkeit, „Frömmigkeit“ nennt Hundsnerscher (2002) als Merkmale der soziolektalen Variante der Gesinnungsgruppensprache und ordnet den „Bereich der religiös-weltanschaulichen Sektenbildung“ und „der politisch-ideologischen Kollektivbildung“ dieser Kategorie zu (Hundsnerscher 2002, 905). Beide Bereiche seien durch die Kommunikationsmuster „destruktive Invektiven gegenüber abweichenden Auffassungen, missionarische Tendenzen mit dem Ziel der Bekehrung anderer“ sowie „indoktrinierende und überzeugungsstabilisierende Sprachformen im gruppeninternen Umgang“ gekennzeichnet (ebd.). Als

Beispiel politisch-ideologischer Kollektivbildung nennt der Autor Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus.

Eine explizite Perspektive auf die Sprache politischer Gruppen als Differenzphänomen fehlt zwar in der Politolinguistik, eine politolektale Dimension aber lässt sich ohne Zweifel immer dann erkennen, wenn die weltsichtabhängige, ideologische Beschaffenheit politischer Sprache darzustellen ist. Damit gerät auch der Schibboleth-Charakter, den politische wie jede Gruppensprache kennzeichnet, ins Blickfeld.

So fügen Gerhard Strauß und Gisela Zifonun den „Sprachgebrauch verschiedener Meinungsgruppen innerhalb einer gesellschaftlichen Großgruppe (z. B. bundesrepublikanische Gesellschaft, Gesellschaft der DDR)“ in ihr Modell zur „Semantik schwerer Wörter“ ein und terminologisieren ihn als „politolektale Sprachgebräuche oder Politolekte“ (Strauß/Zifonun 1985, 1, 94).

Insofern wir es mit je spezifischen Weltsichten zu tun haben, die als politische Gruppen unterscheidende diskrete Kennzeichnungen fungieren, hat Kleins Differenzierung politischer Wortfelder der Nachkriegszeit nach „Begriffsnetze[n], mit denen man die politisch-soziale Welt deutend, wertend und programmatisch überzieht“ (Klein 1989, 29) ebenfalls eine politolektale Lesart. Sie lässt sich als Beitrag zur Sprache politischer Gruppen insofern verstehen, als Klein die politischen Akteure von fünf Phasen der Nachkriegszeit mit ihrer je spezifischen Weltsicht, deren gruppenkonstituierende Themen und deren spezifische Register zueinander in Beziehung setzt. So beschreibt er z. B. die Phase Adenauer / Erhard (1950er bis frühe 1960er Jahre) mit Themen wie ‚ökonomische Sachverhalte‘ und ‚deutsche Teilung‘, die in dem Kommunikationsmodus ‚entschlossenes Bejahen der Wirklichkeit‘ verhandelt und sich in Wortfeldern wie *Wiederaufbau*, *Wohlstand*, *Heimatvertriebene*, *Wirtschaftswunder*, *Freier Westen*, *Wiedervereinigung* manifestieren (Klein 1989, 33). Die Phase der APO (Ende 1960er / 1970er Jahre) kennzeichnet Klein mit Themen wie ‚Ökonomie und Macht‘, ‚Auswirkungen auf die Menschen‘, ‚Perspektiven einer Änderung‘, ‚weltpolitische Auseinandersetzungen darüber‘, die im Kommunikationsmodus ‚Protest‘, die mit Wortfeldern wie *Repression*, *Herrschende*, *Frustration*, *Vergesellschaftung*, *Gewalt* repräsentiert werden (ebd. 36).

Mit der Strukturierung von rund vierzig Jahren nachkriegsdeutscher Politikgeschichte in fünf Phasen, mit der Beschreibung der jeweiligen dominanten Weltbilder als Abgrenzungskriterien dieser Phasen und mit der Zuordnung von diese Weltbilder repräsentierenden Wortfeldern sind Formationen politischer Akteure und die diese Formationen je kennzeichnenden kommunikativen Stile und Register benannt. Damit ist Kleins Darstellung auch als Beschreibung zeitgebundener gruppenspezifischer Politolekte lesbar und sie zeigt außerdem, dass die Akteure politischer Diskurse hinsichtlich des jeweiligen Gruppentyps (z. B. Partei oder Außerparlamentarische Opposition als unfeste soziale Bewegung), dem sie zugehören, unterscheidbar sind.

Die Grundfunktion politischen Sprechens besteht in der Erzeugung von Zustimmungsbereitschaft durch überzeugen oder überreden (vgl. Burkhardt 2008, 99). Die politolektale Umsetzung dieser Funktion ist die Abgrenzung, die die Wir-Formation

von der Sie-Formation unterscheidet. Diese gruppensoziologisch und soziolektal zentrale Frage der Abgrenzung nach außen und der Identifikation nach innen entspricht im Kontext der Sprache politischer Gruppen dem binären Grundprinzip sprachlichen politischen Handelns:

In den Auf- bzw. Abwertungsstrategien wird die jeweilige Position / Person entweder direkt bewertet, oder sie wird argumentativ oder assoziativ mit Sachverhalten von eindeutiger Wertigkeit verknüpft. Dabei besteht die Tendenz zu polarisierender Werte-Verteilung auf die eigne und die konkurrierende Position – meist ohne Zwischenwerte. Das gilt für alle sprachstrukturellen Ebenen. (Klein 1998, 378)

Ein Effekt dieser Auf- / Abwertungshandlungen ist die Ideologisierung als Ausdruck von Werthaltungen. Hinsichtlich der je spezifischen gruppensprachlichen Ausprägungen wird deutlich, dass die Klassifizierung ‚Ideologiesprache‘ zur Bezeichnung der sprachlichen Varietät von Gesinnungsgruppen das zentrale attitudinale Motiv der Konstituierung einer politischen Gruppe benennt.

2 Gruppenkonstituierende Faktoren – Ebenen der Manifestation

Vorausgesetzt, dass sich Gruppensprachen in der Kommunikation bilden, setzt das Phänomen ‚Sprache in politischen Gruppen‘ Möglichkeiten der Kommunikation und spezifische politische Programmatik voraus. Für Parteien bedeutet dies z. B.: Von einer Sprache der Parteien kann erst mit Ende des 19. Jahrhunderts gesprochen werden, als Parteianhänger nicht mehr nur „zu Wahlakten zusammen[kamen], um die Kandidatenaufstellung vorzubereiten und den ‚Wahlkampf‘ .. zu organisieren“ (Lenk/Neumann 1968, LXIV), sondern zu programmatischen Diskussionen in politischen Versammlungen – also zu, auf kommunikativem Weg erreichten Zwecken einer inhaltlichen Positionierung und Profilierung. Mit dieser programmatischen Profilierung beginnt auch die ideologische Abgrenzung der Parteien voneinander. Diese Entwicklungen setzen Ende des 19. Jahrhunderts ein mit der Expansion der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, intensiviert mit der Weimarer Verfassung, die einerseits das allgemeine und gleiche (also auch auf Frauen bezogene) Wahlrecht einführt, die andererseits mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie nunmehr den Parteien den direkten Wettbewerb um Macht aufgibt. Auch die Parteienforschung im Sinn von Parteiensoziologie setzt zu diesem Zeitpunkt ein, die die bis dahin praktizierte Abhandlung des Themas im Kontext von Staatstheorien ablöst (vgl. Lenk/Neumann 1968, bes. XXXII–XLIII).

2.1 Akteure – Milieus – Diskurse

Wenn wir politische Gruppen als je spezifische Politolekte erzeugende Formationen verstehen, setzen wir eine je spezifische Perspektivgebundenheit der Gruppenmitglieder voraus. Diese Perspektivgebundenheit ist weltbild- und einstellungsprägend. Ludwik Fleck beschreibt diese Gebundenheit als den Denkstil des Denkkollektivs, einer Gemeinschaft im Gedankenaustausch (vgl. Fleck 1935, 54 f.). Mit einem ähnlichen Gedanken konstituieren Warnke / Spitzmüller Diskursgemeinschaften als „Gruppierungen, die innerhalb des Diskurses mehr oder weniger ähnlichen diskursiven Praktiken verpflichtet sind bzw. sich als Kollektiv zu erkennen geben“. Sie seien als „dynamisch vernetzte Gebilde“ zu verstehen sowie als „Resultate (gleichermaßen dynamischer) Identitätszuschreibungen .., deren sprachliche Aushandlung soziolinguistisch beschrieben werden kann“ (Warnke/Spitzmüller 2008, 34). Politische Gruppen lassen sich in diesem Sinn als Diskursgemeinschaften darstellen, die sich über die Identifikation mit oder Zustimmung zu politischen Ideen und Idealen konstituieren. Diese politischen Ideen sind milieuspezifisch, was am Beispiel sozialer Bewegungen konkretisierbar ist. *Soziale Bewegung* wird von der Bewegungsforschung definiert als

ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen. (Rucht/Neidhardt 1991, 450; vgl. auch Rucht 2008)

Soziale Bewegungen sind partiell zum einen dem Selbstverwirklichungsmilieu vor allem jugendlicher Kohorten (vgl. Schulze 1993, 312–321), zum andern dem Niveaumilieu (ebd., 283) zuzuordnen. Die Akteure verfügen über ein hohes Maß wissenschaftlicher und theoretischer Bildung, reden mit hoher Anteilnahme und Veränderungswillen unter gesinnungsethischen Voraussetzungen über gesellschaftliche Missstände, sind in hohem Maß informiert und haben den erzieherischen Anspruch, öffentliche Kritik an Missständen zu äußern und zur Beachtung der Grundwerte zu mahnen. (In Bezug auf rechtspopulistische Bürgerbewegungen ist dieses Profil zu modifizieren.)

Die Situierung sozialer Bewegungen im Selbstverwirklichungs- und Niveaumilieu hat drei sprachliche Effekte. Die Sprachen beider Milieus kennzeichnen bildungssprachliche Elemente (Abstrakta, Fremdwörter, wissenschaftliche Fachlexik etc.). Insofern soziale Bewegungen insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen werden, sind sie zudem tendenziell transitorische Gruppensprachen (Heinrich Löffler) „in subkulturellen Milieus .., in die man im Laufe seines Lebens hineinwächst, die man aber auch nach wenigen Jahren wieder verläßt“ (Jakob 1994, 204), mit den Merkmalen „Innovation, Tabuverletzung, Regelverletzung und spielerische Kreativität“ (ebd.). Insofern soziale Bewegungen urbane Phänomene sind, ist schließlich dieser areale Aspekt ebenso als politolektaler Faktor zu beschreiben.

Areale Dialekte sind als Stadtdialekte und -sprachen „die Sprachvariation einer städtischen Kommunikationsgemeinschaft“ (Löffler 2005, 137 f.), m. a. W. sprachliche Varianten unter den Bedingungen urbaner Lebensweisen, charakterisiert etwa durch jederzeitigen Zugang zu Informationen und hohe Dichte sozialer Kontakte.

Die Akteure treffen sich sprachlich im Diskurs (vgl. Kämper 2017). Der Diskurs ist der Ort der öffentlichen Kommunikation und als solcher das Forum des agonalen Austrags (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011, 43), der spezifisch ist für den politischen Diskurs. Sobald ein politischer Gegenstand diskursiv konstituiert wird, ist er Gegenstand eines im weitesten Sinn parteilichen politischen Diskurses dann, wenn diese Thematisierung in den Fokus perspektiven-, daher bekenntnisdeterminierter und gruppenindizierender Gegenstandskonstituierung gerät. In diesem Sinn bezeichnet Diskurs eine analytische Perspektive, die sprachliche Phänomene auf der Ebene der Lexik, des Textes und der Kommunikationsformen in einen Kontext zueinander bringt und derart aufeinander bezieht, dass die (historischen) Bedingungen und der Akteursbezug des jeweiligen Sprachgebrauchs in der Diskursperspektive evident werden. Diese Evidenz wird in der Diskurstopografie sichtbar zum einen hinsichtlich der Positionierungen aus Sicht der Großideologien: Die prinzipielle Eigenschaft der Agonalität von Diskursen findet im ideologiegebundenen politischen Diskurs eine Übersteigerung hinsichtlich dieser Bindung. Diese Bindung betrifft im politischen Diskurs des 20. Jahrhunderts insbesondere die Großideologien Marxismus/Kommunismus/Sozialismus, National(sozial)ismus, Liberalismus, Konservatismus etc. Zum andern zeigt sich die Akteursrelevanz in Bezug auf die sprachliche Gruppenspezifität bei der jeweiligen thematischen Repräsentation der Diskurse. Diese bewirkt die in lexikalisch-semantic, textueller und kommunikativer Hinsicht typischen Diskurstopografien als die sprachliche Manifestation von Wissen, Weltansicht und Wertorientierung der Akteure. Evident wird die Akteurspezifität eines Diskurses dann, wenn deren je spezifische Aussagen zu einem identischen Thema bzw. Gegenstand verglichen werden. Aus gruppensprachlicher Sicht ist also der Diskurs diejenige Perspektive, die die sprachlichen Gruppengrenzen sichtbar macht, wie etwa die Akteurspezifität des Diskurses zum § 218 (Böke 1995), des Schulddiskurses der frühen Nachkriegszeit (Kämper 2005), des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre (Kämper 2012a, b). Eine weitere Dimension ist die Rekonstruktion gruppenspezifischer und diskursiv geprägter Konzepte politischer Leitideen, deren Spezifität erst aus der Perspektive des Diskurses sichtbar wird (Kämper 2014).

2.2 Lexik

Der sprachliche Phänomenbereich politischer Gruppen ist in lexikologischer Hinsicht der des politisch-sozialen Wortschatzes, der die politische Gruppe als „Werte- und Sinnsystem“ (Neuland / Schlobinski in diesem Band) konstituiert. Lexik ist diejenige sprachliche Ebene, auf der sich die Sprache politischer Gruppen am sichtbarsten

manifestiert. Sowohl ausdrucks- als auch inhaltsseitig konstituieren sich die politischen Gruppen, nach innen identitätsbildend, nach außen als voneinander abgrenzbar. Strauß/Zifonun sprechen von „(partei)politisch bedingte[r] Gruppensprachlichkeit mit dem Nebeneinander verschiedener gruppentypischer Wortverwendungen und Bedeutungsvarianten“, das sie „politische Mehrsprachigkeit“ nennen (Strauß/Zifonun 1985, 1, 100 f.).

Auf der lexikalisch-semantischen Ebene haben diejenigen lexikalischen Einheiten gruppenkonstituierenden und -indizierenden Effekt, mit denen die Gruppenmitglieder je spezifische Werthaltungen, Einstellungen, Weltansichten ausdrücken. Hermanns verwendet für dieses gruppenspezifische Register die Kategorie „Abgrenzungsvokabular“, womit er Ausdrücke bezeichnet, die „einen Parteistandpunkt in plakativer Weise kenntlich machen“ (Hermanns 1982, 92). Auf der Handlungsebene bezogen sind es lexikalische Einheiten, die im Zuge unterschiedlicher „Konkurrenzstrategien“ (diese sind „Begriffe besetzen“, „Verteidigen von Begriffen“, „Rückzug aus Begriffen“, „Demontage gegnerischer Begriffe“, „Attackieren des Missbrauchs von Begriffen“ und „Auf Begriffe festnageln“) diesen Ausdruck von Werthaltungen vollziehen (Klein 1998, 389–392). Diese lexikalischen Einheiten lassen sich perspektivenabhängig ausdrucks- und inhaltsbezogen darstellen, mit den beiden jeweils korrespondierenden Effekten der Bezeichnungs- und der Bedeutungskonkurrenz. Weitere, die Sprache politischer Gruppen beschreibende Phänomene sind die deontische Bedeutung sowie die, politische Gruppen auf der lexikalisch-semantischen Ebene abgrenzenden Fahnen- und Stigmawörter.

2.2.1 Ausdruck – Bezeichnungskonkurrenz

Ausdrucksseitig sind politische Gruppen mit einem je spezifischen lexikalischen Register identifizierbar. Dies Register ist nicht als isolierbarer diskreter Wortschatzbereich zu verstehen. Es enthält fachsprachliche ebenso wie allgemeinsprachliche Elemente. Es ist vielmehr der gruppentypische Bestand an Leitwörtern und deren spezifische Kombination, die ein Register als ein eine politische Gruppe indizierendes ausweisen. Ausdrücke wie *Vaterland* oder *soziale Gerechtigkeit* haben diese Indikatorfunktion.

Darüber hinaus hat gruppenkonstituierende Funktion das von Klein als Bezeichnungskonkurrenz bezeichnete Phänomen. Bezeichnungskonkurrenz beschreibt die Existenz variabler, weil partei- und weltansichtabhängiger Bezeichnungen desselben Sachverhalts. Sie besteht in dem referenzidentischen Gebrauch zweier Schlagwörter mit Hervorhebung jeweils unterschiedlicher Merkmale / Eigenschaften des bezeichneten Sachverhalts in der Funktion der Einstellungskundgabe. Insofern konstituiert sich Bezeichnungskonkurrenz „meist in Begriffspaaren von polarer Struktur mit oft polarisierender Wirkung“ (Klein 1989, 20), wie etwa in dem Wortpaar *Betreuungsgeld* – *Herdprämie*. Das Phänomen beschreibt Girnth als „stellungsbeziehende,

wertende Form der Referenz“ (Girnth 2002, 56) und nennt es Nomination. Insofern Nominationen Haltungen und Einstellungen ausdrücken, also Wertungen, sind sie weltsichtbedingte sprachliche Phänomene. Die Nominationsausdrücke repräsentieren „den Sprachgebrauch einer bestimmten Sprechergruppe“ (Girnth 2002, 61), was sich lexikalisch als Bezeichnungskonkurrenz niederschlägt. Zu den von Girnth bezeichneten drei Funktionen der Einstellungsmodifizierung, -polarisierung und -affirmation (2002, 57) kommen daher aus der Sicht der gruppenkonstituierenden Funktion noch die der Gruppenindizierung und -abgrenzung hinzu.

2.2.2 Inhalt – Bedeutungskonkurrenz – ideologische Polysemie

Im historischen gesellschaftlich-politischen Kontext einer Demokratie ist jegliches Reden über gesellschaftlich-politische Gegenstände ein interesse- und machatgeleitetes Reden, das ihre je parteienspezifische, also ideologie- und wertebedingte Ausdeutung zum Gegenstand hat. Die je spezifischen Gruppensprachen sind dadurch gekennzeichnet, dass die hochideologisierten Diskursbeteiligten der politischen Richtungen den Gegenstand je weltsicht-, überzeugungs-, gesinnungsbedingt ausdeuten mit dem kommunikativen und semantischen Effekt der Ideologisierung der jeweiligen Konzepte bzw. Kodierungen.

Wenn sich politische Gruppen sprachlich auf der semantischen Ebene voneinander abgrenzen, dann bedeutet dies, dass identische Ausdrücke gruppenspezifisch unterschiedliche Ausdeutungen haben. Damit entsteht ein Effekt, den Walther Dieckmann als ‚ideologische Polysemie‘ beschrieben hat. Ideologische Polysemie ist Charakteristikum einer politischen Gruppensprache. Dieckmann ordnet ideologische Polysemie solchen Wörtern zu, „die verschiedenen Ideologien gemeinsam sind und deren verschiedene Sinndeutungen nebeneinander in einer Sprache auftauchen“ (Dieckmann 1975, 71). Josef Klein (1989) bezeichnet dieses Phänomen (analog zu Bezeichnungskonkurrenz) als Bedeutungskonkurrenz und meint damit die „Tilgung und/oder Hinzufügung eines oder mehrerer semantischer Merkmale oder Stereotype“ (Klein 1989, 22). Bedeutungskonkurrenz meint die partei- und weltsichtspezifische Ausdeutung einer Bezeichnung, also Referenz auf unterschiedliche Sachverhalte. Dies letztgenannte Phänomen ist mit dem ideologischer Polysemie gleichzusetzen. Zu beschreiben ist ideologische Polysemie demnach als Kennzeichen des Wortgebrauchs konkurrierender politischer Gruppen, das in gruppensprachlicher Hinsicht einen Abgrenzungseffekt hat.

2.2.3 Deontische Bedeutung – Fahnenwörter – Stigmawörter

Die meisten Semantiken von Wörtern haben Appellfunktion. Instrumentalwörter etwa (wie *Hammer*) bezeichnen den Zweck mit, „den die durch sie bezeichneten Gegen-

stände haben oder haben sollen“ (Hermanns 1986, 188). Im politischen Kontext ist die Appellfunktion der deontischen Bedeutung von hoher Evidenz. Mit Wörtern mit explizit deontischer Bedeutung (wie *Pflicht, Aufgabe, sollen, müssen, dürfen*)

wird ein Appell, ein Gebot nicht einfach nur gegeben, sondern geradezu benannt, sie dienen dazu, Appelle, Gebote und Verbote explizit zu machen, in ihnen werden Appelle und Gebote in der Weise thematisch, daß in ihnen das Deontische die Bedeutung ganz ausmacht, ohne daß daneben noch eine deskriptive Bedeutungskomponente gegeben wäre (Hermann 1986, 191).

Es scheint evident, dass die je spezifische Bedeutungsdeontik bestimmter Wörter im politischen Kontext gruppenkonstituierende bzw. -indizierende Funktion hat. Kategoriell lassen sich diese Wörter als Fahnen- bzw. Stigmawörter beschreiben (vgl. Hermanns 1994). Fahnenwörter sind Wörter mit positiver deontischer Bedeutung und werten die Eigengruppe auf. Stigmawörter sind Wörter mit negativer deontischer Bedeutung und werten den politischen Gegner ab. Beide sind Elemente politischer Durchsetzungsstrategien (vgl. Klein 1998, 379). Als „Eigengruppen- bzw. Fremdgruppenreferenz“ sind „Fahnen- bzw. Stigmawörter durch gruppen- bzw. ideologieinterne Evaluation und Gebrauch gekennzeichnet.“ (Girnth 2002, 54; vgl. zum Fahnenvokabular einer Partei auch Strauß/Zifonun 1985, 2, 457).

2.3 Texte / Textsorten

Die Sprache politischer Gruppen grenzt spezifische Texte als Textträger voneinander ab. Ebenso drücken sich Gruppen in spezifischen Textarten und Kommunikationsformen aus, die die Gruppen im Sinn je spezifischer politolektaler Praktiken voneinander abgrenzen.

Politische Gruppen, insbesondere natürlich Parteien, konstituieren sich durch die Formulierung ihrer jeweiligen politischen Programme / Programmatik, die durch Wahlplattformen, Reden, Slogans etc. außerdem öffentlich gemacht werden. Diese Texte sind insofern diejenigen sprachlichen Einheiten, die das gruppenkonstituierende Vokabular transportieren. Darüber hinaus können spezifische Textsorten spezifischen politischen Gruppierungen zugeordnet werden, so z. B. die Transparente, mit denen die studentische Linke der späten 1960er Jahre ihren gesellschaftlichen Protest ausdrückte.

In diesem Sinn hat Josef Klein (2008) eine Textsortenklassifikation vorgelegt, deren zentrale Klassifikationskriterien ‚Emittent‘, ‚Adressat‘ und ‚kommunikative Grundfunktion‘ sind. Die Emittenten-Perspektive dieser Klassifikation ist dasjenige Moment, das es erlaubt, politische Textsorten als Phänomen politischer Gruppen darzustellen. Insbesondere natürlich der Emittent ‚Parteien‘ mit wählergerichteten Textsortenklassen wie Wahlslogan, Wahlplakat, Pamphlet etc. oder parteiintern gerichteten Textsorten wie Parteiprogramm / Grundsatzprogramm ist hier als grup-

penkonstituierender Faktor zu nennen. Darüber hinaus ist der Emittent ‚Politiker‘ mit der Textsortenklasse ‚dissensorientierte politische Rede‘ in hohem Maße gruppenkonstitutiv.

2.4 Kommunikationsstrukturen

Im Hinblick auf kommunikative Praktiken ist der Fokus auf interaktive Verständigungsformen gerichtet, die die politische Gruppe als „Kommunikationsnetzwerk“ (Neuland/Schlobinski in diesem Band) konstituieren. So werden im Zuge der Parteienkommunikation „solche Handlungen einseitiger und wechselseitiger Kommunikation“ bezeichnet,

die von Akteuren und Wortführern bestimmter politischer Parteien ausgehen und mit dem Ziel der unmittelbaren oder mittelbaren Einflussnahme gesteuert werden, um für die zum Ausdruck gebrachten politischen Überzeugungen, Ansichten, Zielvorstellungen, Interessen, Handlungspläne und Aktionen Gehör, Zustimmung und Unterstützung zu finden. (Wiesendahl 1998, 442)

Es sind grundsätzlich zwei Perspektiven, die der internen und die der externen Kommunikation, mit entsprechenden funktionalen Differenzen zu unterscheiden.

Die interne Kommunikation ist

- aktiven- bzw. mitgliederadressiert
 - vertikal zum Zweck insbes. des innerparteilichen Machterwerbs („instrumentelle Kommunikation“, Wiesendahl 1998, 444),
 - horizontal zum Zweck der Integration und Identitätskonstituierung („expressive Kommunikation“, Wiesendahl 1998, 443).

Die externe, in hohem Maß medienbasiert-selbstdarstellende (vgl. Wiesendahl 1998, 446–447; Holly 2010) Kommunikation ist

- wähleradressiert zum Zweck der Information und Überzeugung,
- parteienadressiert zum Zweck der Abgrenzung bzw. im Sinn von ihrerseits wiederum auf unterschiedlichen Ebenen und in diversen Gremien der parlamentarischen Demokratie stattfindenden „Oppositionskommunikation“ (Steffani 1998, 456) zum Zweck öffentlicher Kritik (ebd. 459).

Das gruppensprachliche Element besteht hier weniger in den Strukturen an sich, als in den je weltanschaulich- und wertebedingten Kommunikationsstilen, die von ‚tendenziell autoritär‘ im konservativen Kontext bis ‚tendenziell herrschaftsfrei‘ im liberalen und alternativen Kontext reicht, von „sachangemessen-nüchtern bzw. süffisant-ironisch“ bis „plump-demagogisch“ (Steffanie 1998, 458).

3 Fazit

Politische Gruppen sind soziale Formationen, deren Weltsichten und wertebezogenen Überzeugungen milieugeprägt sind und deren Sprache auf spezifische Weise Resultat dieser Prägung ist. Sprache in politischen Gruppen ist Gegenstand einer Politolinguistik und bezeichnet den sprachlichen Ausdruck einer von politischer Programmatik bzw. Weltsicht geprägten sozialen Beziehung. Für politische Gruppen konstitutiv ist die ideologische Abgrenzung zu konkurrierenden politischen Gruppen. Diese Abgrenzung wird sprachlich auf der lexikalisch-semantischen, der pragmatisch-kommunikativen, der text- und diskurslinguistischen Ebene ausgedrückt. In diesem Sinn bilden politische soziale Gruppen ihrer je spezifischen Akteurs-Formation entsprechend Register, Texte, Kommunikationsformen und Diskurse aus, deren Gesamtheit als Gruppensprache beschreibbar ist. Diese Gruppensprache ist die politolektale Variante von Gesinnungsgruppen.

4 Literatur

- Bogumil, Jörg/Josef Schmid (2001): Politik in Organisationen. Organisationstheoretische Ansätze und praxisbezogene Anwendungsbeispiele. Opladen.
- Burkhardt, Armin (2008): Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte. In: Werner Besch/Anne Betten/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung, Bd. 1 [=Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 2.1]. Berlin/New York, 98–122.
- Dieckmann, Walther (1975): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. 2. Aufl. Heidelberg.
- Fleck, Ludwik (1980): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre von Denkstil und Denkkollektiv. 1. Auflage. Frankfurt a. M.
- Girnth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen.
- Hermanns, Fritz (1982): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Herbert Ernst Wiegand (Hg.): Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II. Hildesheim u. a., 87–108.
- Hermanns, Fritz (1986): Appellfunktion und Wörterbuch. Ein lexikographischer Versuch. In: Heidrun Kämper/Angelika Linke/Martin Wengeler (Hg.): Fritz Hermanns. Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturalistischen Linguistik. Berlin/Boston 2012, 181–206.
- Hermanns, Fritz (1994): Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter. Zu Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen „politischen Semantik“. Heidelberg/Mannheim.
- Holly, Werner (2010): Politische Kommunikation – Perspektiven der Medienlinguistik. Am Beispiel eines Selbstdarstellungsvideos von Guido Westerwelle. In: Kersten Sven Roth/Christa Dürscheid (Hg.): Wahl der Wörter – Wahl der Waffen? Sprache und Politik in der Schweiz. Bremen, 167–185.
- Hundsnurscher, Franz (2002): Lebensformbezogene Wortschätze. Eine methodologische Skizze. In: D. Alan Cruse u. a. (Hg.): Lexicology/Lexikologie. An International Handbook on the Nature and Structure of Words and Vocabularies/Ein internationales Handbuch zur Natur und Struktur von

- Wörtern und Wortschätzen. Bd. 1. [= Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Band 21.1] Berlin/New York, 899–909.
- Jakob, Karlheinz (1994): Die Bedeutung der transitorischen Gruppensprachen für den Sprachwandel. In: Heinrich Löffler/Karlheinz Jakob/Bernhard Kelle (Hg.): Texttyp, Sprechergruppe, Kommunikationsbereich. Studien zur deutschen Sprache in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Hugo Steger zum 65. Geburtstag. Berlin/New York, 197–207.
- Jarren, Otfried/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden.
- Kämper, Heidrun (2005): Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. Berlin/New York.
- Kämper, Heidrun (2012): Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte. Berlin/Boston.
- Kämper, Heidrun (2012): Der Faschismus-Diskurs 1967/68. Semantik und Funktion. In: Heidrun Kämper/Joachim Scharloth/Martin Wengeler (Hg.): 1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz. Berlin/Boston. 259–285.
- Kämper, Heidrun (2014): Demokratisches Wissen in der frühen Weimarer Republik. Historizität – Agonalität – Institutionalisierung. In: Heidrun Kämper/Peter Haslinger/Thomas Raithel (Hg.): Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik. Berlin/Boston. 19–96.
- Kämper, Heidrun (2017): Personen als Akteure. In: Kersten Sven Roth/Martin Wengeler/Alexander Ziem (Hgg.): Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft. (Handbücher Sprachwissen. Hg. von Ekkehard Felder und Andreas Gardt Band 19). Berlin/Boston. 259–279.
- Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Josef Klein (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen. 3–50.
- Klein, Josef (1998): Politische Kommunikation als Sprachstrategie. In: Otfried Jarren u. a. (Hg.), 376–395.
- Klein, Josef (2008): Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Band 16/1 Text- und Gesprächslinguistik. Berlin/New York, 732–755.
- Lenk, Kurt/Franz Neumann (1968): Einleitung. In: Kurt Lenk/Franz Neumann (Hg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Neuwied/Berlin. XVII–LXXX
- Löffler, Heinrich (2005): Germanistische Soziolinguistik. 3. , überarbeitete Auflage. Berlin.
- Michels, Robert (1925): Zur Soziologie des Parteiwesens. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Zweite vermehrte Auflage. Leipzig.
- Möhn, Dieter (2008): Fachsprachen und Gruppensprachen. In: Fachsprachen/Languages for Special Purposes. Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft/Handbooks of Linguistics and Communication Science. Band 14. 1. Halbband. Berlin/New York, 168–181.
- Neidhardt, Friedhelm (1983): Themen und Thesen zur Gruppensoziologie. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien. Köln, 12–34.
- Roth, Roland/Dieter Rucht (2008): Einleitung. In: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/New York, 9–36.
- Roth, Roland/Dieter Rucht (2008): Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz. In: Roth/Rucht, 635–668.
- Rucht, Dieter (2008): Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.) (2008): Die Phantasie an die Macht. Mai 68 in Frankreich. 2. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 153–171.

- Rucht, Dieter/Friedhelm Neidhardt (1991): The analysis of social movements. In: Dieter Rucht (Hg.): Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA. Frankfurt a. M., 421–464.
- Schäfers, Bernhard (2013): Einführung in die Soziologie. Wiesbaden.
- Schulze, Gerhard (1993): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/New York.
- Spitzmüller, Jürgen/Ingo H. Warnke (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston.
- Steffani, Winfried (1998): Oppositionskommunikation. In: Otfried Jarren u. a. (Hg.), 456–463.
- Strauß, Gerhard/Gisela Zifonun (1985): Die Semantik schwerer Wörter im Deutschen. Band 1 und 2. In: Forschungsberichte des Instituts für Deutsche Sprache 58. Mannheim/Tübingen.
- Warnke, Ingo/Jürgen Spitzmüller (2008): Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik – Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: Ingo Warnke/Jürgen Spitzmüller (Hg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin/New York, 3–54.
- Weber, Max (1919): Politik als Beruf. In: Peter Wende (Hg.): Politische Reden III. 1914–1945. Frankfurt a. M. 1994, 176–243.
- Weber, Max (1921/22): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Aufl. Tübingen 1980.
- Wiesendahl, Elmar (1998): Parteienkommunikation. In: Otfried Jarren u. a. (Hg.), 442–449.